

NZZ vom 21.11.07

Kantonale Abstimmung vom 30. November

Erster Lackmustest für die freie Schulwahl

Baselland entscheidet über die Initiative der «Elternlobby»

Sollen Eltern künftig frei wählen können, in welche staatliche oder private Schule sie ihre Kinder schicken? In Baselland wird erstmals in der Schweiz über diese Frage abgestimmt.

ai. Basel, Mitte November

Baselland wird Ende November als erster Kanton über die Frage der freien Schulwahl befinden. Eine Initiative der «Elternlobby», eines Vereins zur Förderung der Vielfalt im Bildungsangebot, verlangt, dass die Schulzuweisung von Kindern nicht mehr nach dem Territorialprinzip geschieht, sondern gemäss den Wünschen der Eltern. Diese sollen nicht nur entscheiden, in welches Institut sie ihre Sprösslinge schicken wollen, sondern auch frei zwischen öffentlichen und privaten Schulen wählen können. Laut dem Volksbegehren muss der Unterricht an den nichtstaatlichen Schulen durch Kanton und Gemeinden finanziert werden, entsprechend den Pro-Kopf-Durchschnittskosten der öffentlichen Schulen (etwa 16 000 Franken pro Jahr). Den Privatinstytuten wird jedoch vorgeschrieben, dass sie die Kinder «ohne ethnische, religiöse und finanzielle Einschränkung» aufnehmen müssen. Schulen, die mehr als 16 000 Franken kosten, werden also nicht zur Auswahl stehen.

Die Initianten zeigen sich überzeugt davon, dass mit dem angestrebten Systemwechsel die Qualität des Bildungswesens gesteigert werden kann. Im Gegensatz zu heute, wo sich Politiker um eine möglichst gute Schule für möglichst viele Schüler bemühen, würde die freie Wahl gemäss den Befürwortern zu einer nachfrageorientierten Ausbildung führen, mit Instituten, die ihr Angebot nach den Bedürfnissen der «Kunden» richten.

Regierung und Landrat haben die Initiative abgelehnt, allerdings nicht ohne einen Gegenvorschlag zu präsentieren, der vorsieht, dass das Schulgeld für Kinder, die ein Privatinstitut besuchen, von heute 2000 auf 2500 Franken aufgestockt wird. Die Regierung wollte die Summe ursprünglich auf 4000 Franken erhöhen, musste sich dann aber dem Sparwillen des Landrats beugen. Trotz seinem Nein zur Initiative bestreitet der Regierungsrat nicht, dass eine freie Schulwahl

positive Auswirkungen auf das Bildungssystem haben könnte. Die Pluspunkte wurden in der Vorlage an den Landrat ausführlich dargelegt und haben in die Abstimmungsbroschüre Eingang gefunden. Die Wahlmöglichkeit, so heisst es hier, stärke die Selbstverantwortung von Eltern und Schülern und fördere das «unternehmerische Engagement» der Schulen. Dass die Exekutive letztlich doch zu einem negativen Verdikt kam, hat wohl primär mit den Mehrkosten zu tun, die eine freie Schulwahl mit sich brächte. Je nach Ausformung des Modells wird mit einem Zusatzaufwand von 16 bis 30 Millionen Franken gerechnet. Ausserdem weist die Regierung darauf hin, dass das Modell in ländlichen Gebieten schwierig umzusetzen wäre, und macht geltend, dass die «integrative Kraft der Volksschule beschädigt» würde.

Die Validität dieses letztgenannten Arguments ist allerdings etwas zweifelhaft, kann die Staatsschule doch kaum den Anspruch erheben, punkto Integration allen anderen Modellen überlegen zu sein. Im «Bildungsbericht 2007», der die öffentlichen Schulen des Kantons unter die Lupe nimmt, schreibt der Regierungsrat, dass «trotz allen Bemühungen die Integration noch nicht ausreichend geglückt» sei; es scheine, dass «die bisher eingeleiteten Massnahmen die Situation nicht grundsätzlich verändern» könnten. Konkret bedeutet das, dass ausländische Jugendliche in den oberen Schulstufen untervertreten sind und höheren Anforderungen oft nicht gerecht werden. Sie sind auch im Gymnasium untervertreten, und die entsprechende Quote hat sich seit den neunziger Jahren nicht verbessert. Von der «integrativen Kraft» der Volksschule ist also wenig zu spüren.

Die Initianten vertreten ihrerseits die Meinung, die freie Schulwahl könne der Integration möglicherweise Impulse verleihen, weil sie Familien, die in «Ghettoquartieren» wohnen, erlaubt, eine Schule ausserhalb ihres Wohnorts zu wählen und so ihrem Nachwuchs bessere Startchancen zu gewähren. – Trotz den valablen Argumenten dürfte es die Initiative an der Urne schwer haben. Von einem allfälligen Nein wird sich die «Elternlobby» allerdings kaum beirren lassen: die nächsten gleichlautenden Volksbegehren sind in anderen Kantonen bereits in Vorbereitung.